Dresden 1882.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition: Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 3 Mark 25 Pfge. Numm. 10 Pfge.

Auflage 37000 Exempl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annoncen für uns nehmen an: die Annoncen-Bureaux v. Haasenstein & Vogler; — Rudolf Mosse; — Daube & Comp.; — Invalidendank; — G. Müller in Görlitz; — Rob. Kirch in Magdeburg; — J. Barck & Co. in Halle; — Steiner in Hamburg.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

27. Jahrgang.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Nachm. 5 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: gr. Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 5 Uhr. — Die einspaltige Petitzeile kostet 15 Pf. Eingesandt die Zeile 30 Pf.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von unbekannten Firmen nehmen wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Postmarken oder Postvorschuß. Acht Silben kosten 15 Pfg. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pf.

Man beachte die beispiellos billigen Verkaufspreise für
Filzhüte und alle Damen-Putz-Artikel
in
Wilhelm Meyer's Schaufenster,
Altmarkt 8, nur Altmarkt 8.

R&S Mit und Gott Recht.

Conto- u. Geschäftsbücher
eigenes Fabrikat.
Extraanfertigungen jeder Art schnell und exact. Princip: Bestes Material, gute und verlässliche Arbeit, entsprechend billigen Preis.
G. H. Rehfeld & Sohn.
Dresden-Neustadt, Hauptstrasse Nr. 24.

Carl Höpfner.
Landhausstrasse Nr. 4 und 5,
empfiehlt seine
Weinhandlung mit altdeutschen Weinstuben.
Champagner der besten Häuser.
Grosses Weinlager.

Beide Verkaufslokale sind durch Telephon verbunden.
5 Neumarkt 5
Landhausstrassen-Seite.
Seit dem 1. Oktober d. J. befinden sich die
Hut-, Schirm- und Pelzwaaren-Lager von Jacques Lippmann
Beide Verkaufslokale sind durch Telephon verbunden.
29 Schloss-Str. 29
vis-à-vis der Sächs. Bank.

Nr. 344. | Witterung vom 9. Decbr.: Barometer nach Cölns Patent, Wallstraße 19 (Abends) 1 76? Mill., seit gestern 7 Mill. gestiegen. Thermometrogr. bei Neumeier: Temp. 4,0°, niedr. Temp. 1,0°, höchste Temp. 5,0°. Süd-Wind, heiter. | Aussichten für den 10. December: Süd, schwach, vorwiegend heiter, trocken, Frost. | **Sonntag, 10. Decbr.**

Verantwortlicher Redacteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Es war vorauszusehen, daß die Einbringung des Börsensteuergesetzentwurfes auf das leichtbewegliche Volk der Börsenbesucher ungefähr die Wirkung ausüben würde, wie eine in einen Menschenhaufen geworfene Petarde. Zunächst stäubt Alles auseinander. Geschrei ertönt, Weherufe und Verwünschungen. Allmälig aber sammelt man sich wieder und betrachtet das Wurfgeschoß der Näheren. Einsichtsvolle Mitglieder der Börse und solche Bankiers, die in der Vermittelung des soliden Geldgeschäftes eine ebenso unentbehrliche als ehrenwerthe Thätigkeit ausüben, geben von selbst die Gerechtigkeit und Nützlichkeit einer procentualen Börsensteuer zu. Natürlich, eine neue Steuer ist niemals Dem, dem sie zugedacht, willkommen. Aber kein Patriot wird sich weigern, in einer angemessenen Weise zu den Staatslasten beizutragen. An der Börse sind nun zweierlei Besucher, unter den Börsengeschäften zweierlei Gattungen zu unterscheiden: diejenigen Bankiers, welche in reeller Weise den Werthumsatz vermitteln und durch ihre Thätigkeit die Werthe vermehren helfen und jene Börsenspekulanten, die Nichts sind als Glücksspieler und durch ihr Thun nicht das Geringste zum Wachsen des Nationalwohlstandes beitragen, wohl aber nicht wenig zu dessen Erschütterung arbeiten. Ein gesundes Börsensteuergesetz muß daher so eingerichtet sein, daß das solide Geschäft lebensfähig bleibt und nur die unter dem Namen der „Differenzgeschäfte" bekannten Glücksspielereien beschnitten oder womöglich ganz verhindert werden. Entspricht nun der von den Deutsch-Konservativen unter der Führung v. Wedell's eingebrachte Entwurf diesem Erforderniß? Liest man blos gewisse Börsenzeitungen, hört man nur die Stimmen der Börsianer, so ist auf Gottes weitem Erdenrund noch niemals ein verruchteres Attentat verübt worden, als der Wedell'sche Gesetzvorschlag. Man nennt ihn zugleich niederträchtig, abgeschmackt und unausführbar. Derartige Uebertreibungen richten sich von selbst. Sie machen auch nirgends Eindruck. Ein Haupteinwand ist namentlich auch die Schlauheit der Börsenspekulanten; hiergegen sei doch kein Kraut gewachsen und man werde stets Mittel und Schlupflöcher finden, um die Bestimmungen des neuen Gesetzes zu umgehen. Die ordentlichen Geschäftsleute, meint ein Blatt, würden sich wohl der Steuer unterwerfen, aber an der Börse trieben sich eine Masse Galopins umher, deren Gerissenheit schon für das straflose Umgehen des Gesetzes sorgen würde. Nun, wie wär's denn, wenn man die Börse von solchen Elementen reinigte! Wenn die Börse das Geschäft des Walfisches übernähme, solche Jonasse auszuspeien? Das liegt ganz im Interesse, und wie wir wissen, auch im Wunsche der redlichen Bankiers. Der Wedell'sche Entwurf will die procentuale Steuer nur für Zeitgeschäfte (Differenzen) einführen, für die Kassageschäfte aber den Firmenstempel beibehalten wissen. Eine im Ganzen recht zweckmäßige Unterscheidung! In einem Punkte aber überschreitet der Wedell'sche Entwurf die Grenzen der Zulässigkeit. Es ist die Verpflichtung zur Eintragung aller stempelpflichtigen Geschäftsabschlüsse in ein der öffentlichen Controle unterstehendes Steuer-Register. Praktisch kommt diese Maßregel auf das Eindringen in die Geschäftsgeheimnisse hinaus, die sich Niemand gefallen läßt und die sich bei keinem anderen Erwerbszweige wiederfinden. Kein Fabrikant oder Kaufmann gewährt der Behörde ununterbrochen Einblick in seine Bücher, Niemand läßt gern wissen, woher er seine Materialien bezieht, wohin er seine Fabrikate absetzt, mit welchen Kunden er arbeitet. Auch dem Publikum, das sich der Börse zur Vermittelung seines Geldbedarfes bedient, kann es nicht erwünscht sein, daß es Anderer Augen dabei controliren.

Ob der Vorschlag der Reichsregierung, den Reichshaushalt zugleich für 2 Jahre festzustellen, auf Verwirklichung rechnen darf, ist einigermaßen zweifelhaft. Hingegen hat die bisherige Berathung des nächstjährigen Etats bereits mehrere höchst erfreuliche Ergebnisse erzielt. Der Reichsschatz-Sekretär Burchhard rechnete für das nächste Etatsjahr nur einen Ueberschuß von 2½ Millionen heraus, der Oppositionsredner Rickert gelangte aber mit besserem Grunde zu dem Ergebniß, daß der Reichstag den Haushalt unbedenklich um 10 Millionen günstiger balanciren lassen könne, als die Regierungsvorlage für möglich erklärt. Denn sowohl die Eingangszölle als die Salz- und Branntweinsteuer sind wesentlich zu niedrig veranschlagt, die Ausgaben für die Naturalverpflegung des Reichsheeres dagegen bedeutend zu hoch angesetzt. Es ergiebt sich aus dieser Sachlage, daß zum erneuten Anziehen der Reichssteuerschraube kein Anlaß vorhanden ist. Wohl aber wird es gelingen, die Matrikularumlagen wesentlich herabzuziehen und damit die Finanzlage der einzelnen Bundesstaaten aufzubessern. Ein nicht minder erfreuliches Resultat der Haushaltsberathung ist, daß auch die Reichsregierung nunmehr endlich die Reformbedürftigkeit der Rübenzuckersteuer anerkannt hat. Diese Zuckersteuer, einst eine Grundsäule der Einnahmen des Zollvereins, ist aus schon mehrfach hier entwickelten Gründen so in Verfall gerathen, daß sie zu einem Elemente der Zerrüttung des Reichssteuersystems entartete. Die Reichsregierung schätzt selbst einen Verlust von 10 Millionen für das nächste und von 13 Millionen für das übernächste Jahr aus den entgehenden Erträgnissen der Zuckersteuer ein. Das ist aber entschieden noch zu tief gegriffen: Was aus der jetzigen schlechten Veranlagung der Zuckersteuer dem Reiche jährlich entgeht, ist mit 18 bis 20 Millionen nicht zu hoch begriffen. Wenn die Reichsregierung in Bälde die bessernde Hand an die Zuckersteuer legt, so wird die Finanzlage des Reichs noch bei weitem günstiger, und den Einzelstaaten fließen Einnahmen in verstärktem Grade zu. Alles in Allem hat das Volk Ursache mit dem bisherigen Gang der Dinge im Reichstage zufrieden zu sein

Alles dies wurde bei der Etatsberathung erreicht, ohne daß Eugen Richter das Wort ergriff. Trotz seines Schweigens aber beschäftigt man sich sehr eingehend mit ihm. Man erzählt von ihm, daß er mit grimmigem Hohnlachen zusieht, wie schlecht seine Nachfolger im Worte ihre Sache machen. Es erfüllt den kaltgestellten Fortschrittspapst mit Schadenfreude, zu beobachten, welche Blößen sich seine Parteigenossen im preußischen Abgeordnetenhause und im Reichstage geben, wie wenig geschickt und eifrig sie sich anstellen, um die Blößen der Gegner aufzudecken. Parlamentarische ABC-Schützen hat der in seinem Ehrgeiz lebensgefährlich verwundete Politikus Richter die jetzigen Wortführer seiner Partei getauft. Der Zusammenbruch der Fortschrittspartei ist ein vollständiger. In dem fortschrittlichen Verein „Waldeck" sprach man mit dürren Worten diese Thatsache aus. Hier ist nichts mehr zu beschönigen, alle Retouchen helfen nicht darüber hinweg und auch die Verkleisterungskunststückchen, die Ehren-Lasker probirt, sind nur durchsichtige Augenblicks-Auskunftsmittelchen. Fragt der Fortschritt aber nach dem Elemente, das seine einst so stolze und geschlossene Partei zersetzte, so muß sie, will sie anders der Wahrheit die Ehre geben, bekennen, daß ihr Niedergang von dem Zeitpunkt an datirt, da sie sich mit dem Judenthum verquickte und identifizirte. Dieses Element ruinirt Alles, es zerfrißt selbst die Waffe, die in seinem Dienste geschwungen wird.

Um noch einen Blick auf die große Politik zu werfen, so wird ein Artikel der „Grenzboten" vielbesprochen, welcher behauptet hatte, daß das deutsch-österreichische Bündniß förmlich und feierlich in einem Dokument niedergelegt sei. Selbst in der abgeschwächten Berichtigung, daß das Dokument kein Vertrag in Paragraphen, sondern nur ein Promemoria sei, ist dies eine bedeutsame und hocherfreuliche Kunde. Nur fragt es sich, warum diese Thatsache jetzt auf einmal in die Oeffentlichkeit dringt? Warum empfindet Fürst Bismarck die Nothwendigkeit, vor ganz Europa die Unauflöslichkeit unseres Freundschafts-Verhältnisses zu Oesterreich zu betonen? Denn Niemand Anders als der Tell von Varzin schnellte dieses Geschoß klingend von der Sehne. Den Schlüssel des Räthsels giebt die vor Kurzem viel kommentirte Reise des russischen Ministers von Giers nach Varzin. Ganz augenscheinlich hat er versucht, Deutschland zu Rußland hinüberzuziehen. Rußland möchte gern freie Hand haben, vielleicht gegen Oesterreich, vielleicht auch gegen England. Denn daß Rußland die Erneuerung des Dreikaiserbundes angestrebt habe, ist höchst unwahrscheinlich; es hat nicht einmal die Galvanisirung derselben in eine „Tripel-Entente," wie das schauderhafte Wort des Judendeutsches der Zeitungen lautet, begehrt. Bismarck aber hat alle Verlockungen abgewiesen, der Russe ist unverrichteter Sache abgeblitzt. Es bleibt dabei: Deutschland und Oesterreich halten eine unzerstörbare Freundschaft, dieses Fundament des europäischen Friedens.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 9. Decbr.

Berlin, Reichstag. Der Reichskanzler ist durch Krankheit am Erscheinen behindert. Personen, die ihn gesehen, konstatiren, daß sein Gesicht bedenklich angeschwollen ist. Die Etatsberathung wird fortgesetzt. Staatssekretär Burchard erwidert auf die Anfrage Rickerts, wie hoch sich die Regierung das Mehrbedürfniß im Reich denke und wie sie die Mittel dafür beschaffen wolle. Die Regierung halte daran fest, daß dem Reiche neue Einnahmen zugeführt werden müßten. Die Bedürfnisse des Reiches seien gestiegen und würden durch die Gesetz-Entwürfe, mit denen sich die Kommissionen jetzt beschäftigten, noch mehr gesteigert. Außerdem halte die Regierung daran fest, daß den Einzelstaaten durch das Reich Mittel zu Steuerreformen ꝛc. zugeführt werden müßten. Wenn der Reichstag an seiner ablehnenden Haltung festhalte, so bleibe es natürlich beim Alten. Es handle sich vor allen Dingen darum, das Bedürfniß zu konstatiren; wird dasselbe nicht anerkannt, dann brauche sich die Regierung nicht weiter zu bemühen. Sie finde kein Vergnügen an neuen Steuern und verzichte darauf, wenn kein Bedürfniß nicht angemeldet wird. — von Minnigerode sucht die Verfassungsmäßigkeit der gleichzeitigen Feststellung zweier Etats nachzuweisen. Seine Partei suche auch die Rechte der Volksvertretung zu wahren, aber durch die gleichzeitige Feststellung zweier Etats würden die Rechte der Volksvertretung nicht beeinträchtigt. Nur kurze, schnelle, energische Verhandlungen würden dem Reichstage die nöthige Autorität sichern, die durch die eingetretene Parlamentsmüdigkeit geschwächt werde. Früher sei die technische Unmöglichkeit zweijähriger Budgetperioden behauptet worden; es handle sich hierbei um einen praktischen Versuch, man möge ihn doch unternehmen. In Bayern, Sachsen, Baden ꝛc. gebe es zweijährige Etatsperioden und man habe dort nie Klagen darüber gehört. Die Etats, sowie sie vorliegen, gestatten größere Abstriche nicht. Gegenüber den steigenden Ausgaben müsse auch auf eine Steigerung der Einnahmen Bedacht genommen werden. Wenn man aus den Zolleinnahmen Schlüsse ziehen wollte, müsse man zu dem umgekehrten Resultat, des von Rickert gezogenen, kommen: Wenn die Industrie das Bedürfniß des Inlandes decke, dann werde das Ausland eben weniger importiren und die Zölle abnehmen müssen. Redner weist an einer Reihe von praktischen Beispielen die günstigen Wirkungen der neuen Zollgesetzgebung nach. In einer Reihe von Artikeln concurrire seit einigen Jahren Deutschland nicht nur mit dem Auslande, sondern habe es vielfach überflügelt. Die Arbeiter hätten dadurch Beschäftigung in ausreichendem Maße und mit besseren Löhnen gefunden, ohne daß sich die Lebensmittelpreise dadurch verändert hätten. Er und seine Freunde seien nach wie vor für einen mäßigen Schutzzoll, wie sie festhielten an den sozialen Reformen wie an der Finanzreform. Die Börsenblätter sagten, man solle doch endlich einmal die arme Börse zur Ruhe kommen lassen, das bestehende Börsensteuergesetz sei ja erst ein Jahr alt. Das jetzige Börsensteuergesetz sei indeß nur mit 1 Stimme Majorität zu Stande gekommen und da sei es Pflicht der Conservativen, ihren Antrag zu wiederholen. Rickert habe auf die mögliche Umgehung der Steuer hingewiesen; man werde derselben schon zu begegnen wissen. Der Redner kündigt noch Anträge zu der Gewerbegesetznovelle an auf Einführung obligatorischer Arbeitsbücher, sowie darauf, daß Lehrlinge nur durch Innungsmeister ausgebildet werden dürfen. Vorwärts für die Machtstellung des Reichs, die Souveränetät der Fürsten und der freien Städte und für eine gesunde wirthschaftliche Entwickelung unseres Volkes. (Lebhafter Beifall.) — Eugen Richter: Die Fortschrittspartei habe sich ihres demokratischen Ursprunges nie geschämt. Man sollte doch nicht vor dem Worte Demokratie graulig zu machen suchen, da doch unsere Verfassung, unser Wahlrecht auf demokratischer Grundlage beruhe. Die Liberalen seien einig in der Bekämpfung der Konservativen, wie sie auch immer in einigen Punkten abweichen möchten. Der 1879er Zolltarif habe keinen Einfluß auf den eingetretenen Aufschwung, denn derselbe werde auch in anderen Ländern beobachtet. Der große Verkehr Königsbergs im vorigen Jahre sei auf die reiche Ernte in Rußland, den Wagenmangel auf russischen Bahnen, die zeitweise Unzugänglichkeit des Hafens von Libau ꝛc. zurückzuführen. Wenn die deutsche Industrie wirklich so im Welthandel konkurriren könne, wie Minnigerode behaupte, nun dann brauchen wir ja den Schutzzoll nicht mehr; heben wir ihn gemeinschaftlich auf! Der Etat sei künstlich ungünstig gestaltet; man könne ganz gut 10—15 Millionen sparen und um so viel weniger Matrikularbeiträge erheben. Wie beim Militär gespart werden könne, beweise die neue vor 2 Jahren an der Elbe in Dresden gebaute Kaserne, von deren Offizierskasino die „Nordd. Allgemeine Zeitung" eine glänzende Schilderung entwerfe, die Richter verliest. In dem Berichte heiße es allerdings, daß die innere Einrichtung durch Beiträge der Offiziere beschafft worden sei. Diese Beiträge kenne man! Solche Offizierskasinos schädigten die Wehrkraft. Dies sei eine Verschwendung. Hätte man das Geld, was diese sächsische Kaserne mehr gekostet als sie zu kosten brauchte, so hätte man den preußischen Klassensteuerpflichtigen der unteren Klassen, zu denen der Exekutor kam, ihre Steuer erlassen können. Die sächsischen Jäger beriefen sich wieder auf die in Potsdam, die es ebenso gut hätten. Die beabsichtigte preußische Lizenzsteuer sei eine Umgehung der Reichsverfassung, ein Schleichweg. Das Volk werde daraus ersehen, daß es stetig auf der Hut sein müsse. In der Branntweinsteuerfrage sei die Rechte erkannt: sie habe nur die Interessen weniger großer Branntweinbarone im Auge. Richter bekämpft die Börsensteuer überhaupt und den Antrag v. Wedell insbesondere. In Bezug auf die Zuckerprämien muß Wandlung geschaffen; es wachsen immer mehr Rübenzuckerfabriken empor, eine Ueberproduktion trete ein und es stehe ein Krach bevor. Schon seit Jahren liege ein Antrag Mecklenburgs auf Reform der Branntweinsteuer in den Ausschüssen des Bundesraths. Man habe nur die Interessen des Großkapitals, des Großgrundstückbesitzes im Auge. Redner bekämpft ferner Erhöhung der Holzzölle, sowie das beabsichtigte Verbot der Einfuhr amerikanischen Schweinefleisches. Durch schadhafte Nahrungsmittel würden viel weniger Menschen geschädigt, als durch Mangel an Nahrungsmitteln verkümmern müßten. Die amtliche Wahlbeeinflussung werde systematisch betrieben. Einem Apotheker seien wegen seiner Abstimmung die Lieferung für ein Regiment entzogen; bei einem Hotelbesitzer seien die bis dahin bei ihm dinirenden Offiziere aus demselben Grunde ferngeblieben; der Militärmusik in Berlin sei die Mitwirkung bei fortschrittlichen Festlichkeiten verboten, bei konservativen aber gestattet worden. Die beabsichtigte Einführung zweijähriger Etatsperioden habe eine politische Bedeutung. Die Etatsberathung sei das Rückgrat der Session; ohne dasselbe könne der Reichstag in zwei Tagen wieder heimgeschickt werden. Alles gehe darauf da hinaus, die Volksvertretung in ihrem Rechte zu beschränken. Man solle doch die Neckereien lassen, sonst dächten die Herren am Ministertische am Ende, man beneide sie etwa um ihre hohen Gehälter oder um die gute Behandlung, die sie haben. (Heiterkeit.) Es werde nie wieder einen Reichskanzler in derselben Weise wie den Fürsten Bismarck geben. Es liege schon im Interesse der Krone, daß eine solche Stellung nicht wieder geschaffen werde. Parlament und Krone stünden gar nicht konkurrirend gegenüber. Die Einführung zweijähriger Budgetperioden weise er zurück. (Beifall links.) — Finanzminister Scholz theilt die innerhalb des preußischen Ministeriums in Bezug auf Einführung zweijähriger Etatsperioden in Preußen stattgefundenen Verhandlungen mit. Es seien nur Opportunitätsbedenken, die damals dagegen gesprochen. Die Einführung zweijähriger Etatsperioden im Reiche werde dagegen eine gründlichere Vorbereitung und Durcharbeitung der dem Reichstage zu machenden Vorlagen ermöglicht. Für eine Reform der Zuckerrübensteuer läge noch nicht ausreichendes Material vor; es handle sich hier um einen Export von 130 Millionen, mit dem man nicht so leicht umspringen könne. — Der K. Sächs. Bundesbevollmächtigte Wirkl. Geh. Rath v. Nostitz-Wallwitz weist die Angriffe Richters in Bezug auf die Dresdner Jägerkaserne unter Darlegung der thatsächlichen Verhältnisse zurück und erklärt ferner, daß den verbündeten Regierungen nichts ferner gelegen, als die Absicht, dem Reichstage das Etatsrecht zu beschneiden; sie würden nur von praktischen Interessen geleitet. — Kriegs-Minister von Kameke erklärt die von Richter angeführten Fälle angeblicher Wahlbeeinflussung seitens der Militärverwaltung. Wenn man weiter nichts anzuführen wisse, als jene drei Fälle, so sei damit der beste Beweis dafür gegeben, daß sich die Militärverwaltung eben keine Wahlbeeinflussung habe zu Schulden kommen lassen. — v. Bennigsen hofft auch, daß der Etat pro 1883/84 in der Budgetkommission günstiger gestaltet werden wird. Die Einnahmen etwas höher einzustellen; von den Militärausgaben, ohne Beeinträchtigung unserer Schlagfertigkeit, können Abstriche gemacht werden. Er befürwortet Reform der Rübenzuckersteuer; es sei die höchste Zeit, die Form der Belastung zu ändern. Neue Fabriken würden begründet, die Betriebe nach Möglichkeit erweitert; es trete Ueberproduktion ein, der nach ein paar Jahren der Krach folgen müsse. Er sei selbst mit seinem Vermögen in der Rübenzuckerindustrie engagirt und glaube, die Verhältnisse zu kennen. Es müsse so rasch als möglich an die Zuckersteuerreform herangetreten werden. — Hobrecht beklagt sich darüber, daß man ihm in verletzender Weise einzelne zusammenhanglose Aeußerungen, die er in seiner amtlichen Stellung als Minister in den Ministerialrathssitzungen gethan, vorhalte; dieselben könnten nur im Zusammenhange verstanden werden. Die Sitzung wird auf Montag 12 Uhr vertagt.

Konstantinopel. Der Sultan hat vor der Selamlikfeier den des Hochverraths beschuldigten und eingekerkerten Fuad Pascha durch Osman Pascha zu sich rufen lassen. Fuad gab dabei Versicherungen seiner unbedingten Ergebenheit gegen den Sultan und bemerkte, seine angeblich hochverrätherischen Aeußerungen hätten sich nur gegen bestimmte Personen in der Umgebung des Sultans gerichtet, von denen er annehme, daß sie in böswilliger Absicht den Interessen des Sultans zuwiderhandelten.

Die **Berliner Börse** begann eine Kleinigkeit fester, sank aber infolge Geschäftsstille auf ihr altes Niveau zurück; zum Schluß wieder besser. Spekulative Banken schwankend, meist höher schließend, Eisenbahnen gut behauptet, Bergwerke abgeschwächt, Industrie-Fonds leblos.

Frankfurt a. M., 9. Decbr., Abends. Credit 265¼, Staatsbahn 268¾, Lombarden 115½, 1860er Loose —, Oest. Silberrente —, Papierrente —, Galizier 256¾, Oesterr. Goldrente —, 4% Ung. Goldrente —, 1880er Russen —, 1860er Russen —, 2. Orientanleihe —, Neueste Ungar. Goldanleihe —, 3. Orientanleihe —, Ungarische Papierrente —, Disconto —, Egypter 72⅞, Gotthardbahn 117⅝. Ruhig.

Wien, 9. Decbr., Abends. Credit 288,60, Staatsb. 343,50, Lombarden 137,50, Nordwestbahn 199,10, Markzoten 58,52, Ung. Credit 280,00. Geschäftslos.

Paris, 9. December. (Schluß.) Rente 80,47, Anleihe 114,17, Italiener 90,00, Staatsbahn 711,25, Lombarden 293,75, do. Prioritäten 285, Egypter 363, Oesterr. Goldrente 81½. Ruhig.

— Das gestern Abend 10 Uhr publicirte Urtheil im Prozesse des Rechtsanwalt Dr. G. A. Schmidt lautete auf Freisprechung